Hinweis: Im Vergleich zu den Ursprungsanträgen sind Neuerungen unterstrichen und Streichungen ~~durchgestrichen~~.

ÄA12.2: Keine Profite mit Blut und Tod – Leipzig bleibt Friedensstadt: Die Linke mobilisiert gegen die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen!

Mittendrin statt nur dabei – dem Bündnis „Keine Raketenfabrik in Leipzig“ beitreten

Einreichende: Franziska Kage, Georg Grünewald

Unterstützende: Johannes Schmidt

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Unter „1. Protest auf der Straße und Bündnisarbeit“ soll folgende Ergänzung vorgenommen werden:

Der Widerstand gegen aufrüstungsbedingten Sozialabbau, Rüstungsansiedlungen und Militarisierung wird auch auf der Straße entschieden. Die Linke Leipzig unterstützt und beteiligt sich an Aktionen des Bündnisses „Keine Raketenfabrik in Leipzig“, weiteren Gegenproteste gegen Rüstungsansiedlungen in der Nähe vom Flughafen Halle/ Leipzig wie z. B. in Sangerhausen und Initiativen gegen Aufrüstung, Militarisierung und Wehrpflicht. Anknüpfend an die erfolgreichen Unterstützungen der Demonstration vom 29. August und 19. September 2026 solidarisiert sich der Stadtverband mit gewaltfreien Protesten, auch in Formen des zivilen Ungehorsams, gemeinsam mit Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Umweltverbänden und antifaschistischen Strukturen. Die Linke Leipzig tritt dem~~Der Stadtvorstand wird mit dem Eintritt ins~~ Bündnis „Keine Raketenfabrik in Leipzig“ offiziell bei und beauftragt den Stadtvorstand~~und soll~~ sich auf allen Ebenen unterstützend sowie mobilisierend für die Bündnisarbeit einzusetzen.

Begründung:

Bis vor wenigen Wochen war die Ansiedlung eines Rüstungskonzerns in Leipzig noch Spekulation und konkretere Informationen lagen noch nicht vor. Mitte September wurde das Bild jedoch klarer und es wurde bekannt, dass der Rüstungskonzern Covenant sich im Leipziger Norden ansiedeln will. Covenant schreibt (Stand 21.09.) bereits die ersten Stellen in Leipzig aus. Neben Führungskräften, wie einem Werk- und Produktionsleiter, werden auch technische Produktionsmitarbeiter gesucht. Dennoch bleibt bisher unklar, wo genau sich das Unternehmen ansiedeln wird. Vermutet werden weiterhin leerstehende Lager- und Produktionshallen im Leipziger Norden. Doch es bildet sich bereits ein breites Bündnis antimilitaristischer Akteure, die diese Ansiedlung verhindern wollen. Dort sollten wir uns von Beginn an einbringen.

Erste Treffen, Proteste und Sondierungen eines Bündnis-Konsens fanden im September bereits statt. Die dort anwesenden Menschen aus verschiedenen antifaschistischen, antimilitaristischen und sozialistischen Gruppen standen einer Beteiligung der Partei Die Linke auf Nachfrage bisher wohlwollend gegenüber. Diese Chance sollten wir nutzen, um uns als glaubhafter Partner im antimilitaristischen Kampf zu etablieren, indem wir die Genoss*innen außerparlamentarischer Gruppen nach Kräften unterstützen.

2 AÜ. Antragsübernahmen und Änderungen

Zudem wünschenswert wäre es, die derzeitig stattfindenden gesellschaftlich getragenen Kämpfe gegen Sozialstaatsabbau, Wiedereinführung der Wehrpflicht und Produktion von Rüstungsgütern noch stärker miteinander zu verknüpfen, um ein gemeinsames Narrativ zu entwickeln und die Schlagkraft dieser Bewegungen zu erhöhen. Auch diese Perspektive sollten wir in das Bündnis einbringen, um unsere eigenen Stärken, wie die bisherige Beteiligung an Schulstreiks, Sozialprotesten, sowie Verankerung in anderen Protestbewegungen, sowie unsere dort gesammelten Erfahrungen mit den Genoss*innen der anderen Gruppen zu teilen und die Bündnisarbeit in Leipzig zu stärken.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: